

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 866846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Dr. Hermann Scheer
MdB zu Forderungen,
die Zahl der Bundes-
tagsmandate zu verrin-
gern: Antiparlamen-
tarischen Vorurteilen nicht
nachgeben!

Seite 1

Willi Rothley MdEP zum
Umgang mit den Be-
schlüssen von
Maastricht: Währungs-
union erst nach EG-
Demokratisierung.

Seite 3

Horst Kubatschka MdB
zum dringenden Erfor-
dernis, ein Tschernobyl
in Mitteleuropa zu ver-
hindern: CSFR Hilfe
zum sofortigen Atom-
Ausstieg leisten.

Seite 4

Dokumentation
Auszüge aus der Rede
des SPD-Vorsitzenden
Björn Engholm auf der
AIA-Bundeskonferenz
in Kiel: Soziale Demo-
kratie - unser originärer
historischer Auftrag.

Seite 5

47. Jahrgang / 52

16. März 1992

Antiparlamentarischen Vorurteilen nicht nachgeben! Zu Forderungen, die Zahl der Bundestagsmandate zu verringern

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Am Wochenende hieß es aus dem Munde des Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Bundestagsfraktion, "die SPD" sei für eine Verkleinerung des Bundestages auf 450 Abgeordnete - dies würde der "Effektivität" des Parlaments nutzen und Geld sparen. Ein ähnliches Argument - Geld sparen - war bereits früher aus dem Munde der finanzpolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion zu hören. Auch Bundestags-Vizepräsident Cronenberg (FDP) trat wiederholt mit solchen Forderungen hervor.

Jedoch: Eine "Forderung der SPD" nach Verkleinerung des Parlaments ist mir nicht bekannt. Bisher wurde in der SPD-Fraktion darüber auch nicht diskutiert - obwohl es sich um eine Frage handelt, die zweifellos das Parlament insgesamt angeht. Möglicherweise wird aber darauf spekuliert, daß sich nur wenige Abgeordnete öffentlich gegen eine solche Forderung stellen, um nicht in Verdacht zu geraten, sie würden sich aus Gründen individueller Mandatssicherung gegen eine Reduzierung der Zahl der Abgeordnetensitze stellen.

Um meinen politischen Standpunkt gleich deutlich zu machen: Die Forderung nach zahlenmäßiger Reduzierung des Parlaments halte ich für falsch - und die dafür angegebenen Gründe der Kosteneinsparung ein billiges Zugeständnis an ein gepflegtes öffentliches antiparlamentarisches Vorurteil. Außerdem lenkt diese Forderung von den eigentlichen Problemen einer offenkundigen Funktions- und Leistungsstörung unseres Systems der Gewaltenteilung der Verfassungsorgane ab.

Falsch ist die Auffassung, die Größe des Bundestages von 662 Abgeordneten behindere dessen Effektivität. Ein solches Argument war nicht zu hören, als der Bundestag vor der Vereinigung mit den fünf neuen Ländern 521 Mandatsträger zählte. Warum sollte der Bundestag mit der deutschen Einheit jetzt sogar weniger Abgeordnete haben als vorher? Das britische Unterhaus zählt genausoviel Mitglieder wie der Deutsche Bundestag, obwohl Großbritannien nur etwa 3/4 der Einwohner Deutschlands hat. Doch niemand fordert dort eine Reduzierung des Parlaments - aus guten Gründen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kennzeichen: Einigkeit
mit wertvollen Rohstoffen
Ringschlag-Papier



Auch ein reduziertes Parlament hätte dieselben Funktionen zu erfüllen wie heute. Das bedeutet: Auf weniger Schultern liegt dieselbe Arbeit. Zahlenmäßige Reduzierung des Parlaments heißt Vergrößerung der Wahlkreise und damit Zwang zur Reduzierung der Arbeit vor Ort - obwohl die Bürger ständig nach mehr direkten Kontakten zu den Abgeordneten fragen. Die Folge einer Reduzierung der Mandatszahl wäre Schwächung der Bindung zu den Bürgern und damit wahrscheinlich ein Legitimationaverlust für das Parlament.

Gleichzeitig wachsen die Aufgaben innerhalb des Parlaments, insbesondere in der internationalen Arbeit. Gerade ist eine KSZE-Parlamentarierversammlung ins Leben gerufen worden - neben den Parlamentarierversammlungen des Europarates, der WEU, der Nordatlantischen Versammlung und der IPU - wobei es sich jeweils um Delegationen der nationalen Parlamente handelt. Die Erfahrung zeigt, daß diese immer wichtiger werdenden Aufgaben von den Parlamentariern derjenigen Länder am unzureichendsten wahrgenommen werden, die dafür keinen zeitlichen Spielraum mehr haben. Auch im Zusammenhang mit der Europäischen Union wachsen die Aufgaben der nationalen Parlamente, weil sie sehr viel ausführlicher und genauer als bisher zum Hüter der parlamentarischen Demokratie-Rechte werden müssen. Außerdem wachsen die Regierungs- und Verwaltungsapparate an, was die Aufgaben der parlamentarischen Kontrolle zeitraubender und schwieriger macht.

Wer angesichts dieser Faktoren das Heil des Parlaments in seiner drastischen zahlenmäßigen Reduzierung sieht, schwächt dessen Rolle statt sie zu stärken. Schon jetzt läuft allzu viel wegen eines überbordenden Arbeitsaufwands oberflächlich ab - eine Reduzierung der Zahl der Mandatsträger kann deshalb nicht die geeignete Antwort sein.

662 Abgeordnete kosten gegenwärtig - Abgeordnetenentschädigung, Aufwandsentschädigung und Abgeordnetenmitarbeiter gerechnet - etwa 260 Millionen DM im Jahr. Dies ist nicht mehr als drei Tornados kosten. Zu viel für das von der Verfassung vorgesehene höchste Verfassungsorgan? Eine Reduzierung der Mandatszahl um 1/3 würde eine Einsparung in der Kostengröße eines Tornados bringen. Lohnt es sich dafür, außerparlamentarische Vorurteile von den zu hohen Kosten eines zu großen Parlaments zu verstärken?

Es tut mir leid: Dies ist eine leichtfertige Effekthascherei, die zu Lasten des Parlaments insgesamt geht - und die von den tatsächlichen Funktionsproblemen des Parlaments- und Regierungssystems der Bundesrepublik Deutschland ablenkt. Diese liegen vor allem darin, daß

- die Regierung ihre Handlungskompetenzen immer mehr zu Lasten des Parlaments ausweitet;
- die regierenden Parteien durch eine entschieden zu große Zahl an Parlamentarischen Staatssekretären die Regierungsfaktionen zu einem Vollzugsorgan der Kabinette stützen (was auch schon in der sozialliberalen Koalition der Fall war). Wenn bereits 20 Prozent der Parlamentarier der Regierungsfaktionen ein Regierungsamt innehaben, haben diese ihre verfassungspolitische Eigenständigkeit gegenüber der Regierung schon weitgehend eingebüßt;
- die Frage, wo es Gesetzgebungskompetenz des Parlaments gibt und wo Verordnungskompetenzen der Regierung liegen, grundsätzlich neu überdacht werden muß;
- die zunehmenden außerkonstitutionellen Mischkompetenzen der Bundesregierung mit der EG einerseits und den Ländern andererseits die parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten zur Farce machen;
- nicht die Bürokratisierung der Parlamentsabläufe untragbar geworden ist - eine Bürokratisierung, die teilweise von denjenigen innerhalb des Parlaments verwaltet wird, die seine Verkleinerung im Sinne ihrer Effektivitätsvorstellung fordern, - und die zu Lasten der Lebendigkeit des Parlaments geht.

Kein Zweifel: Die Parlamente müssen politisch gestärkt werden - die Forderung nach Reduzierung der Mandatszahl fenkt davon nur ab. Käme sie zustande, und alles andere bliebe wie bisher, wäre das Parlament lediglich noch einmal zusätzlich geschwächt.

(-/16. März 1992/rs/ks)

Währungsunion erst nach EG-Demokratisierung
Zum Umgang mit den Beschlüssen von Maastricht

Von Willi Rothley MdEP

**Stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses des Europäischen
Parlaments
und Vizevorsitzender der SPD-Europaabgeordneten**

Der Vertrag von Maastricht erfordert nicht nur eher redaktionelle Änderungen des Grundgesetzes (Stichworte: kommunales Wahlrecht, Bundesbank). Durch ihn wird die Europäische Gemeinschaft in einen Bundesstaat transformiert. Die Bundesrepublik Deutschland wird Gliedstaat eines neu entstehenden europäischen Bundesstaates. Diese Entwicklung sollte sich in der neuen Bundesverfassung widerspiegeln.

Der Vertrag wirft aber vor allem die Frage nach der Zukunft der parlamentarischen Demokratie auf.

Die erhebliche Ausweitung der Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaft, die in Maastricht vereinbart wurde, führt zu einem dramatischen Verlust der Kompetenzen der nationalen Parlamente, der durch die bescheidene Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments nicht kompensiert werden kann. Nach Maastricht wird es in der Europäischen Gemeinschaft insgesamt weit weniger parlamentarische Demokratie geben als heute. Diese Erosion der Demokratie ist für die Bundesrepublik Deutschland nicht nur verfassungswidrig, sondern verfassungszerstörend.

Nach Artikel 20 Absatz 1 GG ist die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer Bundesstaat. Dieser Grundsatz der Demokratie ist durch Artikel 79 Absatz 3 GG auf "ewig" gewährleistet. Diese "Ewigkeitsgarantie" des Grundgesetzes droht durch die Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen gemäß Artikel 24 Absatz 1 GG unterlaufen zu werden.

Der Grundsatz der Demokratie in Artikel 20 Absatz 1 GG meint die parlamentarische Demokratie, deren Herzstück das Parlament als Gesetzgeber ist.

Der Vertrag von Maastricht verletzt dieses Prinzip parlamentarischer Demokratie. In keinem Bereich, der in die Kompetenz der Gemeinschaft fällt, ist das Europäische Parlament neben dem Rat gleichberechtigter Gesetzgeber. Es gibt auch keinen Zeit- oder Stufenplan, der hieran etwas ändern wollte; 1996 soll lediglich der Anwendungsbereich nach Artikel 189 b EWGV überprüft werden. Unter der Geltung des Grundgesetzes ist diese Verletzung des Demokratieprinzips mit keiner politischen Zielsetzung zu rechtfertigen.

Mit einer Änderung des Artikel 24 GG ist dieses Problem wohl nicht zu lösen. (Eine solche Änderung würde erst für die künftige Übertragung von Hoheitsrechten gelten.)

Müssen wir Maastricht deshalb ablehnen? Ich glaube, es gibt einen anderen Weg.

Das Recht in der Bundesrepublik Deutschland speist sich nicht nur aus deutschen, sondern auch aus Quellen der Europäischen Gemeinschaft. Nicht nur Bundestag, Bundesrat und die Landesparlamente sind Gesetzgeber für das in der Bundesrepublik Deutschland geltende Recht, sondern (bisher im wesentlichen allein) auch der Rat. Neben dem Rat sollte (künftig) auch das Europäische Parlament als gleichberechtigter Gesetzgeber des in der Gemeinschaft gesetzten Rechts treten. Dieser (künftige) Gesetzgeber des Gemeinschaftsrechts, Europäisches Parlament und Rat, sollte im Grundgesetz ausdrücklich erwähnt werden. Es sollte in geeigneter Weise klargestellt werden, daß (künftig = mit Inkrafttreten der neuen Bundesverfassung, spätestens mit Eintritt in die dritte Stufe der Währungsunion) das Gemeinschaftsrecht nur noch dann in der Bundesrepublik Geltung beanspruchen kann, wenn es von Europäischem Parlament und Rat als gleichberechtigten Organen der Gesetzgebung verabschiedet worden ist. Es sollte sichergestellt sein, daß (künftig = mit Inkrafttreten der

neuen Bundesverfassung, spätestens mit Eintritt in die dritte Stufe der Währungsunion) die Struktur der Gemeinschaft dem Demokratieprinzip des Artikel 20 Absatz 1 entsprechen muß. Diese Forderung ist unter der Geltung des Grundgesetzes kategorisch.

Zur Strategie der Partei einige Anmerkungen.

Die Forderung nach "Nachbesserung" des am 7 Februar 1992 in Maastricht unterzeichneten Vertrages über die politische Union ist illusorisch. (Noch vor der nächsten Regierungskonferenz in Lissabon wird es Anfang Juni ein Referendum in Dänemark geben. Danach ist eine Änderung des Textes von Maastricht nicht einmal mehr theoretisch möglich.)

Ein NEIN zu Maastricht verletzt die Prinzipien des Artikel 79 Absatz 3 GG.

Es gibt nur einen Ausweg aus diesem Dilemma:

Die neue Bundesverfassung muß die Demokratisierung der Gemeinschaft spätestens mit Eintritt in die dritte Stufe der Währungsunion erzwingen. Nach diesem Zeitpunkt kann Gemeinschaftsrecht nur noch dann Geltung in der Bundesrepublik beanspruchen, wenn es auf demokratischem Wege zustandegekommen ist.

Es kommt also darauf an, den Ratifizierungsprozeß und die Reform der Verfassung in einer Weise zu verbinden, die der Dimension und der Tragweite des Vertrages von Maastricht gerecht wird.

Diese Reform der Verfassung der EG muß spätestens auf der vorgesehenen Regierungskonferenz 1996 erfolgen.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt muß auch die politische Union realisiert werden. Die Sorge der Bundesbank und nahezu aller Fachjournalisten, daß ohne Politische Union die Stabilität der gemeinsamen Währung durch eine unterschiedliche Wirtschafts- und Finanzpolitik tendenziell gefährdet ist, muß ernstgenommen werden.

Die Botschaft der Partei sollte klar sein: JA zu Maastricht, aber Eintritt in die dritte Stufe der Währungsunion erst nach der Demokratisierung der Gemeinschaft, die von der neuen Bundesverfassung zwingend gefordert werden muß, und erst nach Realisierung der Politischen Union.

(-/16. März 1992/rs/ks)

CSFR Hilfe zum sofortigen Atom-Ausstieg leisten

Zum dringenden Erfordernis, ein Tschernobyl in Mitteleuropa zu verhindern

Van Horst Kubatschka MdB

**Mitglied im Bundestags-Ausschuß für Forschung, Technologie und
Technikfolgenabschätzung**

Sofortige Hilfe zum Ausstieg der Tschechoslowakei aus der Kernenergie muß seitens der Bundesregierung geleistet werden. Es ist zu befürchten, daß wegen der gravierenden Sicherheitsmängel, die die Atomkraftwerke der CSFR aufweisen, täglich schwerste und nicht mehr beherrschbare Unfälle drohen.

Radioaktivitätsfreisetzungen wie in Tschernobyl sind nicht auszuschließen. Im Kernkraftwerk Bohunice in der CSFR tickt ebenso eine atomare Zeitbombe wie im bulgarischen Reaktor Kosloduj.

Die Bundesregierung jedoch setzt, wie ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Landesgruppe der Bayern SPD im Bundestag zu entnehmen ist, einseitig auf die "Wunderkraft" der Privatisierung. Dazu fordert sie die Regierung der CSFR auf und beläßt es ansonsten im wesentlichen bei einer Förderung von Beratungsleistungen.

So wichtig Beratung ist, so ist sie doch keinesfalls ausreichend, um der unabsehbaren Gefährdung durch Radioaktivität für uns alle in Europa wirksam und schnell zu begegnen. Diese veralteten und nicht nachrüstbaren nuklearen Brutkästen müssen sofort abgeschaltet werden, will man sich nicht auf einen menschenverachtenden Poker mit der GAU-Eintrittswahrscheinlichkeit einlassen. Dazu braucht der östliche Nachbar dringend deutsche finanzielle, technische und personelle Hilfe, um seinen Energiebedarf auch nach einer Stilllegung der Reaktoren decken zu können.

Eine entsprechende Frage hat die Bundesregierung nicht beantwortet. Lediglich ein Hinweis auf eine Analyse der Energiewirtschaft der CSFR durch die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris, die zur Zeit vorbereitet wird und auf deren Grundlage dann notwendige Prioritäten gesetzt werden könnten, ist in der Antwort der Bundesregierung zu finden.

Diese Daten liegen - zumindest bis zum Jahr 1989 - unserem europäischen Nachbarn Österreich, zusammengestellt von der OECD, schon vor. Anstatt beispielsweise als befristete Überbrückungsmaßnahme die Bereitstellung von Ersatzenergie für die entfallende Leistung bei der Abschaltung der lebensbedrohenden Kernkraftwerke anzubieten, glänzt die Bundesregierung mit Tatenlosigkeit. Das aber bedeutet, daß die Bundesregierung jede eigene oder westeuropäische Initiative, die zu einer Abschaltung der tschechoslowakischen Schrottreaktoren führen würde, nicht voranbringt.

Besonders wichtig ist es, den Wirkungsgrad konventioneller Kraftwerke zu verbessern und sie umweltgerecht nachzurüsten. Auch der Energiebedarf der CSFR, könnte wesentlich herabgesetzt werden, wenn die Bundesrepublik und andere westeuropäische Länder mit einer zeitgemäßen Regeltechnik für Heizkörper als Soforthilfe aushelfen würden, damit die Heizungen individuell und nach dem jeweiligen Bedarf eingestellt werden könnten.

Statt eine umfassende Energieeinsparstrategie vorzuziehen, nimmt die Bundesregierung ein ständiges hohes Gefährdungspotential für die deutsche und die gesamte europäische Bevölkerung durch die weitere Nutzung der Kernenergie selbst im atomaren Pulverfaß Bohunice in Kauf.

(-/16. März 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Björn Engholm: Soziale Demokratie - unger originärer historischer Auftrag

Der SPD-Vorsitzende Björn Engholm, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, hat in einer Rede vor dem AFA-Bundeskongreß in Kiel am Wochenende die wirtschaftspolitischen Perspektiven der SPD dargestellt. Zu Beginn seiner Rede ging er auf die Bedeutung der Arbeitnehmer-schaft für die SPD ein, zum Schluß setzte er sich mit dem Erscheinungsbild der Partei auseinander. Diese beiden Passagen dokumentieren wir im Wortlaut.

1.

Ich habe kürzlich die Rede nachgelesen, die Herbert Wehner 1973 auf der AFA-Gründungs-konferenz in Duisburg hielt. Dort sagte er:

"Die SPD muß im politischen Ringen um die soziale Entwicklung unserer Bundesrepublik Deutschland und um die Demokratisierung unserer Gesellschaftsordnung dafür sorgen, daß

sie, die gleiche Staatsbürgerrechte in der Verfassung für alle durchgesetzt hat, von den betriebstätigen Menschen (einschließlich denen, die in der Ausbildung und denen, die im Ruhestand sich befinden) als die Partei verstanden und unterstützt wird, die diese gleichen staatsbürgerlichen Rechte weiter entwickeln will zu gleichen sozialen Chancen für alle."

Genau darum geht es: Das Ringen um die soziale Entwicklung der Marktwirtschaft und um die soziale Demokratie ist und bleibt Herzstück sozialdemokratischer Politik! Das ist unser originärer historischer Auftrag! Die SPD ist das politische Zuhause von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Und sie wird es bleiben.

Der Partei dabei zu helfen, ist die Hauptaufgabe der AfA. Dafür haben wir mit unserem Parteitagsbeschluss von Münster zur Betriebsorganisation die richtigen Weichen gestellt: Es gilt, sozialdemokratische Betriebsarbeit auszubauen und den dort engagierten Genossinnen und Genossen die Teilnahme an der innerparteilichen Willensbildung zu ermöglichen. Wer daraus, möglicherweise in Sorge um seinen innerparteilichen Einfluß, eine "AfA-Quote" macht, liegt völlig daneben. Ich begreife den Beschluss von Münster als Chance für die gesamte Partei, die Bindungen zwischen Sozialdemokratie und Arbeitnehmerschaft zu festigen.

Es gibt aber noch einen anderen Aspekt: Wir reden gerne von "neuen Arbeiterschichten", die wir für die SPD gewinnen wollen. Überwiegend sind damit höherqualifizierte und oft hochspezialisierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemeint. Auch hier bietet die Betriebsarbeit eine gute Möglichkeit, Menschen anhand ihrer besonderen Interessen und täglichen Erfahrungen mit sozialdemokratischen Positionen vertraut zu machen. Eine bessere Plattform gibt es nicht.

Ich will in Erinnerung rufen, was uns Herbert Wähler - quasi als sein Vermächtnis - immer wieder eingeblaut hat: "Die Kommunikation zwischen SPD und Arbeitnehmerschaft ist die Voraussetzung für ein wechselseitiges Vertrauensverhältnis. Und dieses Verhältnis muß immer wieder neu begründet werden und auf Gegenseitigkeit beruhen."

Herausforderungen, vor denen wir in diesem Jahrzehnt national wie international stehen, zu meistern.

(...)

VI.

Apropos: Kräfte bündeln und an einem Strang ziehen. Ich weiß, daß gerade innerhalb der AfA, aber keineswegs nur bei Euch, in jüngster Zeit Kritik geübt wird am Erscheinungsbild unserer Partei.

Zum Schluß deshalb dies: Wer im Bundestag die harten Oppositionsbänke drückt, muß umsomehr jede Chance nutzen, seine Alternativen zur Regierungspolitik eindeutig, verständlich und mit klarem Profil darstellen. Die SPD ist dabei - und das sage ich trotz aller Probleme, die wir hatten - auf dem richtigen Weg.

Das Prinzip "Befehl und Gehorsam" wäre für eine demokratische Partei das Ende. Die SPD war immer eine kritische, diskussionsfreudige Partei. Und das wird sie bleiben. Aber an einem Strang ziehen, bedeutet dann auch: Nach intensiven Diskussionen erreichte gemeinsame Positionen können nicht über die Deutsche Presseagentur oder andere Medien tags darauf wieder flott in Frage gestellt werden. Das ist eine Frage der Aufrichtigkeit und Solidarität. Wer immer an der Spitze der Sozialdemokratischen Partei steht, kann und muß diese Solidarität erwarten und einfordern.

Gustav Heinemann hat unsere Aufgabe so beschrieben: "Den kleinen Schritt herauszufinden, der zugleich ein strategischer Schritt ist, indem er weitere Schritte in Richtung einer besseren Wirklichkeit nach sich zieht". Diese Empfehlung Heinemanns beherzigen, heißt: Der Weg in die Regierungsverantwortung ist kürzer, als viele heute noch denken.

Ich jedenfalls bin fest entschlossen diesen Weg beträchtlich abzukürzen.

(-/16 März 1992/rs/ks)
